

Migrantenselbstorganisationen zwischen aufnahmelandbezogenen Interessen und herkunftslandspezifischen Einflüssen

Die ersten Migrantenselbstorganisationen entstanden vor fast 60 Jahren und hatten zunächst vor allem provisorischen Charakter. Erst mit den Familienzusammenführungen in den 70er aber vor allem den 80er Jahren steht diese Organisationslandschaft aktuell unfreiwillig vor einem großen Umbruch. Mit dem Nachholen von Ehepartnern und Kindern entwickelten sich viele der provisorischen Einrichtungen zu Räumen mit einem breiten Angebot für die ganze Familie weiter. Die Migrantenselbstorganisationen im religiösen Feld, auf das ich mich in diesem Beitrag konzentrieren werde, beschränkten sich dabei nicht mehr darauf, nur Orte für die Freitags- und Feiertagsgebete zu sein. Es bildete sich eine religiöse Infrastruktur heraus, die mit der Zeit regionale und zentrale Strukturen und unterschiedliche Tätigkeitsbereiche ausdifferenzierte. Trotz aller Weiterentwicklung und Institutionalisierung blieb das Provisorische der Gründerzeit, sowohl in der Struktur als auch im institutionellen Denken, ein bestimmender Faktor.

In den letzten zehn Jahren gab es zahlreiche Initiativen, diese „Provisorien“ zu vollwertigen Religionsgemeinschaften weiterzuentwickeln. Das Ringen um Anerkennung als Träger des Islamischen Religionsunterrichts war ein geeigneter Aushandlungsprozess zwischen den Ländern und den muslimischen Verbänden, in dem sich sowohl die Gemeinschaften als auch Kultus- und Schulministerien auf Kompromisse eingelassen haben. Dieser Prozess hat mit der Entscheidung des OVG Münster zur Klage von Islamrat und dem Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) auf Anerkennung als Träger des Religionsunterrichts und implizit als Religionsgemeinschaften einen heftigen Dämpfer erhalten (Urteil vom 9. November 2017, Az. 19 A 997/02). Das Gericht stufte die klagenden Gemeinschaften nur als religiöse Vereine ein, nicht als Religionsgemeinschaften.

Die dritte Phase der Islamkonferenz leitete mit Blick auf die ersten beiden Runden einen Paradigmenwechsel ein: Fördern und Fordern schien nun die ungeschriebene Devise zu sein, statt des bisherigen ausschließlichen Forderns. Das Thema der Etablierung einer muslimischen Wohlfahrtsstruktur, vergleichbar mit Caritas oder Diakonie, kam auf die Tagesordnung, Bedarfe wurden ermittelt, Bestandsaufnahmen aufgestellt. Unter den etablierten Akteuren der Wohlfahrtsarbeit sollte auch der muslimische Wohlfahrtsverband seinen Platz einnehmen. Neben Vernetzung und struktureller Unterstützung wurden Förderprogramme wie „Flucht und Islam“ aufgestellt, um einerseits den gestiegenen Bedarf an muslimischer Flüchtlingshilfe abzudecken und andererseits die praktische Arbeit voranzutreiben.

Das Resultat ist am Ende eher bescheiden. Auf der lokalen Gemeindeebene entstanden zwar viele ehrenamtliche Flüchtlingsprojekte, aber kaum eines konnte aus dem Fonds unterstützt werden. Nicht weil dieser nicht zahlte – die bereitstehenden Gelder wurden erst gar nicht abgerufen. Die Zentralen, die für die Erstellung beziehungsweise zumindest Weiterleitung der Anträge ihrer Gemeinden verantwortlich waren, erwiesen sich als Engstelle. Diejenigen, die soziale Arbeit anbieten wollten, und diejenigen, die dies fördern wollten, sie fanden nicht zueinander. Das Angebot der Öffnung der Wohlfahrtsstrukturen hatte für den Anspruch der an der Islamkonferenz teilnehmenden Verbände fatale Folgen. Das Mantra „Wir könnten, wenn man uns lassen würde“, erwies sich als nicht mehr haltbar.

Vorausgegangen war dieser Entwicklung ein Substanzverlust der Verbände in den letzten 10 Jahren. Der global neu ausbrechende Nationalismus schlug sich in den Verbänden der mehrheitlich türkischstämmigen Gemeinschaften als eine immer dominanter werdende Re-Ethnisierung nieder. Innerhalb der Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) verloren die neuen Landesverbände ihre Kompetenzen wieder an die Religionsattachés in den Konsulaten. An die Spitze der größten nicht-staatlichen Gemeinschaft, der „Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş“ (IGMG), kamen Imame, die mit dem bisherigen Öffnungskurs ihrer Vorgänger nicht viel anfangen konnten. In beiden Fällen fühlten sich die Verbandsspitzen innerhalb der türkischen Community als ausreichend wirkmächtig. Im Kontext der deutschen Öffentlichkeit führten ihre sprachlichen und habituellen Defizite jedoch zu Ohnmachts- und Rückzugstendenzen.

Dabei bräuchte es aktiver Stimmen im gesamtgesellschaftlichen Diskurs, die mit Positionen aus unterschiedlichen muslimischen Perspektiven in den Debatten mitwirken. Das Fehlen der muslimischen Gemeinschaften als wichtige Stimmen im Diskurs fällt insbesondere an der muslimischen Basis auf – es fehlt an institutionellen Stimmen, die sich glaubhaft stark machen für die Partizipation in der Gesellschaft. Vor zehn Jahren hätte die Klage darüber, dass bei relevanten Themen muslimische Akteure erst gar nicht gefragt werden, wohl noch eine Berechtigung gehabt. In den letzten Jahren sind es Pressevertreter und an Kooperationen interessierte Vertreter der Zivilgesellschaft, die über fehlende Ansprechpartner aufseiten der muslimischen Verbände klagen.

Diese Entwicklung könnte man ignorieren, würden die muslimischen Gemeinschaften nicht zu den größten zivilgesellschaftlichen Akteuren gehören, die bisher von Muslimen in Deutschland aufgebaut worden sind. Dieser Rückläufigkeit auf Bundesebene stand die Entwicklung an der Basis diametral entgegen. Während sich die Zentralen immer mehr aus dem öffentlichen Diskurs und ihrem Gestaltungsanspruch entfernten, nahmen viele Moscheegemeinden auf lokaler Ebene die einsetzenden Flüchtlingsbewegungen zum Anlass, ihre sozialen Angebote über die Gemeindegrenzen hinweg zu entfalten. Viele Moscheegemeinden brachten sich in der Flüchtlingsarbeit ein, kooperierten mit Anbietern der etablierten Wohlfahrtsverbände oder bauten eigene Angebote auf. Im Gegensatz zur Bundesebene findet man auf der regionalen Ebene, zum Beispiel in Berlin und Hamburg, sehr aktive Gemeinschaften, die zum Beispiel in der Antidiskriminierungsarbeit die „Großen“ längst hinter sich gelassen haben.

In manchen Gemeinden kamen bis zu 25 Prozent Neuzugänge zu den Freitagsgebeten hinzu. Die Moscheen mussten die Flüchtlinge nicht erst aufsuchen, sie hatten sie bereits im eigenen Haus. Im Unterschied zu anderen Akteuren geschah diese Arbeit auf rein ehrenamtlicher Basis. Von den Spitzenverbänden konnten zu Beginn DITIB und ZMD, zum Ende hin nur noch der ZMD öffentlich wahrnehmbare und professionelle Angebote aufbauen. Den Gemeinden fehlte oftmals jegliche konzeptionelle Unterstützung vonseiten der Dachverbände. Auf sich gestellt war das neue soziale Engagement nicht in allen Gemeinden oder zumindest nicht bei allen Gemeindevorständen oder -mitgliedern willkommen.

Diese fehlende Unterstützung und Anerkennung von sozialer Arbeit vor Ort führt mittlerweile dazu, dass Gemeinden immer häufiger fähiges Personal verlieren. Wer

innerhalb der Gemeinden mit seinem Engagement nicht mehr weiter kommt, gründet mit Gleichgesinnten einen entsprechenden Verein. „Wir hatten genug davon, für Selbstverständlichkeiten beim Moscheevorstand, beim Frauenvorstand und dann auch noch im Regionalverband betteln zu müssen“, beschreibt eine Mitgründerin eines muslimischen Jugendvereins ihre Beweggründe. „Jetzt machen wir das so, wie wir es für richtig halten“.

Dabei findet keine Abwendung von der Moscheegemeinde statt. Diese Akteure sehen ihre Aktivitäten nicht als Alternative zur Moschee, wollen keinen eigenen Gebetsraum oder Ähnliches in ihren neu geschaffenen Institutionen einrichten. Sie bleiben vielmehr dem religiösen Milieu verbunden, nehmen es aber nicht mehr hin, dass ihnen der Wirkungsraum auf wenige starre Betätigungsformen in den Gemeinden beschränkt bleibt. Zum Freitagsgebet und zu anderen religiösen Veranstaltungen gehen sie weiter in ihre Moschee. Für ihre soziale Arbeit schaffen sie sich außerhalb eigenständige Institutionen, ohne sich von der Moschee zu entfremden.

Die Gemeinden verlieren mit diesen jungen Menschen nicht nur Akteure, die sie – ob ehren- oder hauptamtlich – in Zukunft bei möglichen Aktivitäten im sozialen Bereich brauchen werden. Sie verlieren qualifiziertes Führungspersonal für die Gemeinde. Die Moscheevorstände bluten damit nicht nur personell, sondern auch intellektuell aus. Es fehlt an Ideen für die Zukunftsplanung, für notwendige strukturelle und inhaltliche Reformen vor Ort. Der Sozialraum Moschee büßt damit immer mehr das Soziale ein und wird damit zum reinen Träger- und Erhaltungsverein für den Gebetsraum.

Bei den neu entstehenden sozialen Einrichtungen finden wir dagegen Vereine, deren Akteure sich aus einer religiösen Motivation heraus engagieren, ohne Religionsgemeinschaft oder religiöser Verein sein zu wollen. Das muslimisch-soziale Leben findet auf lokaler Ebene statt, mit viel Engagement, viel Ehrenamt und einem großen Bedarf an Konzepten und Vernetzungsmöglichkeiten. Die Wenigsten der neu entstandenen Institutionen schaffen es, neben all ihrer Arbeit mitzubekommen, dass es auch andere Akteure in ihrer Region gibt, mit denen sie sich austauschen oder zusammenarbeiten könnten. Immer wieder müssen sie das Rad vor Ort neu erfinden, oft fehlt es ihnen an passenden Qualifizierungsformaten.

Es reicht daher eben nicht, zu sagen, „die Tore zum Wohlfahrtssystem sind auch für muslimische Anbieter offen“. Denn es sind keine Gleichen unter Gleichen, die in das System eintreten sollen. Wir haben es zwar mit engagierten, aber auch relativ jungen Einrichtungen zu tun, die neben ihrer praktischen Arbeit auch konzeptionelle und inhaltliche Pionierarbeit leisten müssen.

Es ist von enormer Bedeutung die Träger vor Ort, die etwas leisten wollen, mit denen zusammenzubringen, die dieses Engagement unterstützen wollen – mit Förderprogrammträgern, mit Stiftungen und mit Verantwortungsträgern in der kommunalen Verwaltung und Politik. Die strukturelle Öffnung vor Ort kann jedoch nur dann funktionieren, wenn die Träger, die moscheenahen genauso wie die eigenständigen, in ihrer Institutionalisierung und ihrer Fachlichkeit fach- und trägerspezifisch qualifiziert werden.

Für Migrantenselbstorganisationen kann es im Spannungsverhältnis „aufnahmelandbezogene Interessen“ und „herkunftsspezifische Einflüsse“ kein Entweder Oder geben. Wertschätzung und Pflege des Abstammungserbes ist gleichzeitig mit einer

aktiven, gestaltenden Aneignung der hiesigen Tradition möglich. Herkunftsland gilt als Begriff nur für tatsächliche Migranten, nicht für deren Nachkommen. Diese pflegen ein Abstammungserbe. Sie sind nicht im Herkunftsland der Eltern sozialisiert und können diese Einflüsse nur mittelbar nachempfinden.

Die Diversifizierung und der Wandel der Organisationslandschaft ist einigen größeren Migrantenorganisationen/muslimischen Verbänden in Deutschland, aber vor allem auch politischen Akteuren in den Herkunftsländern ein Dorn im Auge. Wenn wir zum Beispiel die Türkei als Herkunftsland der Türkeistämmigen heranziehen, erkennt man insbesondere in den letzten 10 Jahre einen immer stärker werdenden Drang durch eine sogenannte „Diaspora“-Politik in die in Deutschland bestehenden Strukturen der Türkeistämmigen hineinzuwirken. Im Fall der Ditib gibt es strukturelle Verbindungen und Abhängigkeiten, aber auch jenseits der Ditib versucht diese Diaspora-Politik auch andere Strukturen zu erreichen und für die eigene Agenda nutzbar zu machen.

Schauen sie auf Deutschland und die Situation der in Deutschland lebenden türkeistämmigen Bevölkerung, können sie das Wahrgenommene nicht oder nur nach den Schablonen verarbeiten, nach denen die türkische Regierungspolitik aktuell funktioniert. Es ist ein dichotomes, antagonistisches, zweidimensionales Weltbild. Sinnbildlich für die Wahrnehmung war ein Artikel vor 2 Jahren, der kurz nach der Gründung der Alhambra Gesellschaft in der Regierungszeitung Yeni Safak erschienen ist. Dort hieß es, dass die Bundesregierung „den Islam“ unter Kontrolle bringen wolle. Deutschland verfolge das Ziel, ausländische Einflüsse – allen voran aus der Türkei – auf die in Deutschland lebenden Muslime zu reduzieren. Zu diesem Zweck habe Deutschland „parallele Vereine“ gegründet. Man habe damit angefangen, die Budgets dieser Vereine von „einem Ministerium“ bezahlen zu lassen. Deutschland erachte alle Vereine, religiöse Einrichtungen und NGOs, die eine Verbindung zur Türkei haben, als Sicherheitsbedrohung. Diese Organisationen zu stoppen, erachte Deutschland als gleichbedeutend damit, die Türkei zu stoppen und nehme sich Türkeifeinde zu Gesprächspartnern. In Deutschland seien als Gegner der DITIB und aller anderen Vereine, die eine Verbindung zur Türkei pflegten, „parallele“ Jugendvereine, Akademikervereine, und Vereine im Bereich der Sozialarbeit, Frauenarbeit und der Seelsorge gegründet worden. Es sei geplant, mit diesen Vereinen den Einfluss der Türkei zu brechen und einen „sogenannten deutschen Islam“ zu erschaffen.

Dieser Beitrag hat sehr gut demonstriert, welche Vorstellung von Politik in der Türkei gelebt wird und letztlich auch, welches politische Verständnis von Gesellschaft und Institutionalisierung aus der Türkei nach Deutschland, in die türkeistämmige Bevölkerung, transportiert wird. Und gleichzeitig erfahren wir, in welcher Weise die Türkei und mit ihr die türkeistämmigen Verbände in Deutschland auf die hiesige Gesellschaft blicken, was sie sehen und wie sie das Wahrgenommene verarbeiten.

Nach dieser Vorstellung gestaltet der Staat unmittelbar durch willkürliche Finanzierung und strukturelle Eingriffe die ehrenamtliche Vereinslandschaft. Diesem Verständnis nach, sind ehrenamtlich engagierte Menschen keine autonomen, mündigen, selbstbestimmten Individuen, die sich aus eigenem Antrieb und mit dem Wunsch nach sozialer Teilhabe und Gestaltung in Vereinsstrukturen einbringen.

Für sie sind diese Menschen keine Subjekte. Es sind Objekte, Marionetten, die an Leinen geführt werden und Vollstrecker fremder Absichten. Es ist ein Verständnis, in welchem es nur gehorsame Untertanen geben darf, keine Staatsbürger.

Diese identitäre Sicht auf Deutschland, die auch in Verbandsstrukturen hier nicht selten vertreten wird, macht unmöglich, zu erkennen, worin die Ursachen für die aktuellen Entwicklungen liegen. Sie sehen eine sich neu etablierende, dynamische Vereinslandschaft mit eindeutiger Verortung in Deutschland. Sie können darin aber nur eine von fremden Mächten betriebene Verschwörung erkennen. Sie sind nicht in der Lage, zu verstehen, dass sie selbst der Grund und die Ursache für diese Entwicklung sind. Sie haben die Menschen, die sich in den Verbandsstrukturen engagieren wollten, in einem Wust von Bürokratie, Weltfremdheit, Ignoranz und Selbstherrlichkeit erstickt.

Den islamischen Religionsgemeinschaften will es nicht gelingen, ihre Rolle als führende gesellschaftliche Akteure der muslimischen Community auch tatsächlich auszufüllen. Das Potential dazu wäre zweifellos vorhanden. Die islamischen Religionsgemeinschaften sind die entscheidenden Institutionen, in denen Religiosität auch kollektiv gelebt wird. Sie sind Orte muslimischer Spiritualität und Kulmination muslimischen Engagements für einen nicht nur individuell, sondern auch gemeindlich gelebten Glauben. Insoweit bringen sie ideale Voraussetzungen mit, ein breites Spektrum muslimischen Tatendrangs und individueller Talente und Impulse zu bündeln und für die gesamte – natürlich auch nichtmuslimische – Gesellschaft nutzbar zu machen.

Weshalb ist die Wirklichkeit hinter diesem Anspruch und diesem Potential zurückgeblieben? Eine Ursache mag darin liegen, dass die Konzentration auf die Beschäftigung mit dem Ist-Zustand der Islam-Debatte den Blick für die Notwendigkeit positiver, inhaltlicher Beiträge viel zu oft versperrt hat. Wie soll muslimisches Leben in Deutschland aussehen? Welchen Beitrag können Muslime zu den gesellschaftlichen Themen leisten, die auch Nichtmuslime betreffen? Auf diese Fragen wurde und wird viel zu selten eine Antwort formuliert. Gleichberechtigung einzufordern und dafür zu streiten, ist ein wichtiges und nobles Ziel. Es exkulpiert diese Communities aber nicht davon, der Gesellschaft überzeugend darzulegen, was aus dieser Teilhabe resultieren wird.

Jenseits dieser Entwicklungen und Umwandlungsprozessen innerhalb der Migrantenselbstorganisationen ist es von großer Bedeutung, dass auch öffentliche Institutionen die Migrantenorganisationen als wichtige Akteure der Zivilgesellschaft wahrnehmen, deren Engagementstrukturen und Zusammenarbeit mit Organisationen der Mehrheitsgesellschaft fördern. Denn dieses soziale Engagement wird immer noch zu häufig nicht wahrgenommen und unterschätzt, gerade wenn es sich um religiöse Akteure handelt. Mehr Anknüpfungsmöglichkeiten an die Mehrheitsgesellschaft stärken die Identifikation mit dem Lebensort, und das führt zu einem stärkeren Wunsch, diesen auch aktiv mitzugestalten. So kann sich durch strukturelle und mentale Wandlungsprozesse auch ein Verständnis darüber entwickeln, was Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliches Engagement hier in Deutschland bedeutet, was vielen aus ihren Herkunftsländern so nicht bekannt ist.

Nur so kann ein Misstrauen und Argwohn gegenüber staatlichen und kommunalen Engagementförderungen abgebaut werden.